

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer
Bundesministerin

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.995.951

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)4088/J-NR/2025

Wien, am 02. Februar 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Nicole Sunitsch, Kolleginnen und Kollegen haben am 2. Dezember 2025 unter der Nr. **4088/J-NR/2025** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Chaos im Strafvollzug: Vakanzen und Sicherheitsrisiken“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1

- *Wie hoch ist die aktuelle Besetzungsquote der Justizwache per Stichtag 30.09.2025?*
 - a. *Wie viele Planstellen und wie viele Vollbeschäftigungsäquivalente (VBÄ) sind insgesamt ausgewiesen und besetzt, und wie hoch ist daraus der Besetzungsgrad in Prozent?*
 - b. *Wie stellt sich diese Aufstellung je Justizanstalt dar (Planstellen, besetzte VBÄ, Besetzungsgrad in Prozent, tabellarisch)?*

Es wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen:

Stichtag 30.9.2025

Justizanstalt	Planstellen	VBÄ	+/-	Besetzungsgrad
Asten	76	73,675	-2,325	96,94%
Eisenstadt	61	60,25	-0,75	98,77%
Favoriten	57	53,125	-3,875	93,20%
Feldkirch	60	54,625	-5,375	91,04%
Garsten	164	157,125	-6,875	95,81%
Gerasdorf	71	66,525	-4,475	93,70%
Göllersdorf	68	64,8	-3,2	95,29%
Graz-Karlau	202	210,175	8,175	104,05%
Hirtenberg	153	155,025	2,025	101,32%
Innsbruck	160	147,275	-12,725	92,05%
Jakomini	174	176,575	2,575	101,48%
Josefstadt	462	461,125	-0,875	99,81%
Klagenfurt	126	122,725	-3,275	97,40%
Korneuburg	88	83,825	-4,175	95,26%
Krems	61	62,725	1,725	102,83%
Leoben	72	68,15	-3,85	94,65%
Linz	103	100,125	-2,875	97,21%
Mittersteig	79	71,9	-7,1	91,01%
Münichplatz	57	30,75	-26,25	53,95%
Ried	53	49,925	-3,075	94,20%
Salzburg	85	79,825	-5,175	93,91%
Schwarzau	71	67,35	-3,65	94,86%
Simmering	140	125,65	-14,35	89,75%
Sonnberg	116	107,375	-8,625	92,56%
St.Pölten	89	87,45	-1,55	98,26%
Stein	320	293,325	-26,675	91,66%
Suben	97	95,65	-1,35	98,61%

Wels	60	60,75	0,75	101,25%
Wr.Neustadt	75	71,625	-3,375	95,50%
Gesamt	3400	3259,425	-140,575	95,87%

Es wird darauf hingewiesen, dass die Besetzungsgrade durch Kursbeginne, Karenzen, Herabsetzungen der Wochendienstzeiten etc. monatlich variieren.

Bei sehr niedrigen Besetzungsgraden wird mit Personalaushilfen in Form von Dienstzuteilungen unterstützt. Diese finden in den oben angeführten Besetzungsgraden keinen Niederschlag.

In der Justizanstalt Münnichplatz sind Mitte Jänner 2026 bereits 48 Arbeitsplätze (Planstellenbereich) besetzt. Zudem sind zum Stichtag 1. Jänner 2026 insgesamt 6,79 Kapazitäten über die Justizbetreuungsagentur engagiert sowie per Stichtag 15. Jänner 2026 12 Dienstzuteilungen für den Exekutivdienst sowie die Dienstzuteilung einer Psychologin aufrecht.

Zur Frage 2:

- *Wie viele Gewaltvorfälle gegen Bedienstete wurden im Kalenderjahr 2024 sowie vom 01.01.2025 bis einschließlich 30.09.2025 registriert?*
 - a. Wie viele dieser Vorfälle entfallen auf die einzelnen Justizanstalten?*
 - i. Wie verteilen sich diese Vorfälle auf Kategorien (z.B. Delikte gegen die Staatsgewalt; Delikte gegen Leib und Leben gegen Bedienstete beziehungsweise interne Vorfallscode)?*

Von den Justizanstalten und Forensisch-therapeutischen Zentren zur Meldung gebrachte Vorfälle werden verwaltungsintern als „Delikt gegen die Staatsgewalt“ oder als „Delikt gegen Leib und Leben (gegen Bedienstete)“ eingestuft. Die rechtliche Qualifizierung und die strafrechtliche Verfolgung obliegen jedoch ausschließlich den Staatsanwaltschaften und – im weiteren Verfahren – den Gerichten.

Zeitraum/Art		JA/FTZ	Anzahl
2024 (01.01.-31.12.2024)	Delikt gegen die Staatsgewalt	Asten	25
		Wien-Favoriten	2
		Feldkirch	5

		Garsten	5
		Gerasdorf	1
		Hirtenberg	11
		Innsbruck	4
		Graz-Jakomini	21
		Wien-Josefstadt	30
		Graz-Karlau	14
		Korneuburg	12
		Krems	9
		Leoben	2
		Linz	1
		Wien-Mittersteig	1
		Salzburg	6
		Wien-Simmering	3
		Sonnberg	2
		St. Pölten	24
		Stein	26
		Wels	2
		Wr. Neustadt	4
		Summe:	210
2025 (01.01.-30.09.2025)	Delikt gegen die Staatsgewalt	Asten	2
		Eisenstadt	2
		Wien-Favoriten	3
		Feldkirch	3
		Garsten	4
		Gerasdorf	1
		Göllersdorf	3

		Hirtenberg	9
		Innsbruck	6
		Graz-Jakomini	10
		Wien-Josefstadt	56
		Graz-Karlau	10
		Klagenfurt	1
		Korneuburg	4
		Krems	4
		Leoben	3
		Linz	1
		Wien-Mittersteig	1
		Ried	2
		Salzburg	11
		St. Pölten	1
		Stein	22
		Schwarzau	1
		Wels	3
		Wr. Neustadt	3
		Summe:	166
2024 (01.01.-31.12.2024)	Delikt gegen Leib und Leben	Asten	30
		Eisenstadt	2
		Wien-Favoriten	1
		Feldkirch	4
		Garsten	17
		Gerasdorf	1
		Göllersdorf	21
		Hirtenberg	5

		Innsbruck	10
		Graz-Jakomini	5
		Wien-Josefstadt	74
		Graz-Karlau	6
		Klagenfurt	6
		Korneuburg	2
		Krems	1
		Leoben	3
		Linz	9
		Wien-Mittersteig	1
		Ried	2
		Salzburg	6
		Wien-Simmering	3
		Sonnberg	4
		Stein	12
		Suben	4
		Schwarzau	3
		Wels	1
		Wr. Neustadt	4
		Summe:	237
2025 (01.01.-30.09.2025)	Delikt gegen Leib und Leben	Asten	19
		Wien-Favoriten	4
		Feldkirch	3
		Garsten	1
		Gerasdorf	1
		Göllersdorf	7
		Hirtenberg	5

		Innsbruck	4
		Graz-Jakomini	5
		Wien-Josefstadt	34
		Graz-Karlau	5
		Klagenfurt	10
		Korneuburg	1
		Leoben	1
		Linz	7
		Wien-Münichplatz	2
		Salzburg	8
		Sonnberg	2
		Stein	6
		Suben	1
		Schwarzau	2
		Wels	1
		Wr. Neustadt	2
		Summe:	131

Datenquelle IVV – Abfrage am 13.01.2026

Zur Frage 3:

- *Welche Maßnahmen zur Reduktion von Überstunden im Strafvollzug wurden vom 01.01.2025 bis einschließlich 30.09.2025 gesetzt?*
 - a. Je Justizanstalt: Welche Maßnahmen wurden gesetzt und seit wann laufen diese?*
 - i. Wer ist für die Umsetzung verantwortlich und welches Ziel (z.B. eine KPI) ist vorgesehen?*
 - ii. Welcher Umsetzungsstand liegt per 30.09.2025 vor?*
 - b. Ressortweit: Welche Steuerungsmaßnahmen wurden umgesetzt und worauf beziehen sie sich in Budget und Planstellen?*
 - i. Welche Evaluierungen liegen vor und welche Zwischenergebnisse wurden festgestellt?*

Die Justizanstalten und Forensisch-therapeutischen Zentren werden regelmäßig u.a. im Rahmen der Ressourcen-, Ziel- und Leistungsplangespräche auf die Entwicklung der Mehrdienstleistungen bzw. Überstunden aufmerksam gemacht und auf Steuerungsmöglichkeiten hingewiesen.

Ende 2023 wurde zusätzlich das Projekt „Dienstplanoptimierung“ initiiert, bei welchem die Vollzugseinrichtungen – angeleitet und gesteuert durch die Generaldirektion für den Strafvollzug und den Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen – neue, ressourcenschonende Wege der Dienstenteilung beschreiten. Dabei liegt u.a. eine bedarfsorientierte Dienstenteilung im Fokus, welche durch eine mindest- und maximalstandardisierte Besetzung aller relevanten Dienstplanbereiche gewährleistet werden soll. Neben dieser qualitativen Komponente wird damit auch das Effizienzziel der Reduktion der ausbezahlten Überstunden im Verhältnis zu den gesamten Mehrdienstleistungen verfolgt.

Das Projekt „Dienstplanoptimierung“ ist eine – parallel zur Umsetzungs- und Evaluationsphase des Inspektionsdienstlerlasses initiierte – partizipative Erarbeitung von Kriterien, Ablaufprozessen und Bedarfen in der Dienstplangestaltung von Justizanstalten und Forensisch-therapeutischen Zentren. Das Projekt besteht aus mehreren Phasen, wobei die Phase 1 die Optimierung der Einteilung und die Festlegung von Bedarfen umfasst.

Im Rahmen der Evaluation wurden von allen Vollzugseinrichtungen Rückmeldungen an die Generaldirektion übermittelt. Derzeit erfolgt eine Analyse der Rückmeldungen und der Umsetzung der Empfehlungen. In weiterer Folge werden die Vollzugeinrichtungen schriftlich informiert werden. Darunter findet sich u.a. die Empfehlung zu einer mindestens quartalsmäßigen Kontrolle der gleichmäßigen Verteilung der Mehrdienstleistungen.

Die aus der Evaluation gewonnenen Erkenntnisse sollen dann in die Phase 2 des Dienstplanoptimierungsprojekts (Betriebsbereich [Beschäftigung]) einfließen.

Zur Frage 4:

- *Wie viele Mobiltelefone beziehungsweise andere unerlaubte elektronische Geräte wurden 2024 sowie vom 01.01.2025 bis einschließlich 30.09.2025 sichergestellt?*
 - a. Wie viele dieser Geräte wurden je Justizanstalt und Monat sichergestellt?*
 - i. Welche Kontrollmaßnahmen wurden gesetzt und in welchem Umfang wurden Durchsuchungen und Stichproben durchgeführt?*

ii. In welchem Umfang wurden technische Mittel eingesetzt (z.B. Gerätescanner), und in welchem Umfang kamen Spürhunde sowie Schleusen- und Paketkontrollen zum Einsatz?

Es wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen:

Elektronische Kommunikationsmittel 2024	
Jänner	122
Februar	113
März	101
April	119
Mai	132
Juni	96
Juli	115
August	105
September	89
Oktober	95
November	110
Dezember	109
GESAMT	1306

Elektronische Kommunikationsmittel 2025	
Jänner	121
Februar	79
März	100
April	102
Mai	87
Juni	82
Juli	95

August	92
September	70
GESAMT	828

Eine monatliche Aufstellung nach Justizanstalten und Forensisch-therapeutischen Zentren würde einen unvermeidbar hohen Verwaltungsaufwand bedingen.

Darüber hinaus wird auf die zahlreichen Beantwortungen von parlamentarischen Voranfragen, u.a. auf jene vom 20. Oktober 2025 unter der Nr. 3756/J-NR/2025 betreffend „Einsatz von Suchtmittel- und Mobiltelefonspürhunden in Justizanstalten“ sowie auf jene vom 30. Jänner 2020 unter der Nr. 662/J-NR/2020 betreffend „Einsatz von Suchtmittelspürhunden und Mobiltelefonspürhunden in Justizanstalten“ verwiesen.

Zur Frage 5:

- *Welche Fortbildungsmaßnahmen (z.B. Deeskalation, Lagemanagement, Eigensicherung) wurden 2024 und 2025 für Bedienstete im Strafvollzug angeboten?*
 - a. Wie viele Bedienstete haben je Maßnahme und Justizanstalt teilgenommen?*
 - i. Welche Methode wurde zur Evaluierung der Wirksamkeit eingesetzt und in welchem Zeitraum wurde evaluiert?*
 - ii. Welche Kernergebnisse liegen vor und welche Anpassungen wurden daraus abgeleitet?*

Neben vielen anderen Fortbildungsmaßnahmen kann hierzu das verpflichtend für alle Justizwachebediensteten jährlich zu absolvierende Modulare Einsatztraining (MET) inklusive Dienstschießen, Einsatztaktik und Einsatztechnik (inkl. Deeskalation und Eigensicherung) genannt werden.

Außerdem erfolgen jährlich zielgruppenbezogene Fach- und Austauschformate für sicherheitsrelevante Funktionen (u. a. Justizwachkommandant:innen, Wachzimmerkommandant:innen, Sicherheitsbeauftragte, Einsatztrainer:innen, Verbindungsdienste) sowie bei Bedarf behördenübergreifende (z.B. mit BMI) Veranstaltungen zur Identifikation von Herausforderungen, aus denen auch die Ableitung von Anpassungen in Trainings und Verfahren erfolgt.

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer

